

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Preis: Die monatliche Ausgabe kostet 3,00 RM (inkl. Postgebühren), die vierteljährliche Ausgabe 10,00 RM, die halbjährliche Ausgabe 18,00 RM, die jährliche Ausgabe 32,00 RM. Einzelhefte 1,00 RM. Abnahme nur nach vorheriger Bestellung. Druck: Druckerei 'Arbeiterstimme' Dresden, L. Büchelstraße 2. Vertrieb: Dresden, L. Büchelstraße 2. Redaktion: Dresden, L. Büchelstraße 2. Druck: Dresden, L. Büchelstraße 2.

6. Jahrgang Dresden, Montag den 20. Oktober 1930 Nummer 245

Der größte Verrat seit dem 4. August 1914

Sozialdemokratie rettet Brüning-Diktatur

Der grenzenlose Betrug an den sozialdemokratischen Arbeiterwählern — SPD hilft der Regierung der faschistischen Diktatur in den Gattel — Internationale erbrauft während der Abstimmung

Sturmjahren gegen die Verräter des 18. Oktober

Sonnabend gegen 23 Uhr abends fiel die Entscheidung über das Brüning-Kabinett. Was zu erwarten war, wurde Tatsache. Die Sozialdemokratie einschließlich ihrer „linken“ Abgeordneten hat Brüning, den schwarzen Diktaturkanzler, gerettet. Mit 318 gegen 236 Stimmen wurde über sämtliche Mißtrauensanträge zur Tagesordnung übergegangen.

Außerdem wurde mit Hilfe aller SPD-Abgeordneten der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Vertrauensordnungen niedergestimmt, desgleichen unsere Steueranträge, unser Antrag gegen die Kapitalflucht und für die Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, ebenfalls unsere Anträge auf Einstellung der Young-Zahlungen und Aufhebung des Metallarbeiterstreiks. Schließlich stimmte die SPD auch unsere Anträge auf Aufhebung des RFB-Verbots und der Amnestierung der proletarischen politischen Gefangenen nieder. Der letzte Antrag fand als einziger dennoch eine Mehrheit.

Während der Abstimmung kam es zu tumultuarischen Szenen. Die gesamte kommunistische Fraktion lang die „Internationale“, brauende „Rot-Front-Kufe“ erhalten. Die „Rote Fahne“, unser Zentralorgan, schreibt in ihrer Sonntagausgabe zu den Abstimmungen am Sonnabend: Die deutsche Sozialdemokratie hat mit diesen Abstimmungen am gestrigen Tage allen ihren Wählerversprechungen ins Gesicht geschlagen. Sie stimmt für die Regierung

der beginnenden faschistischen Diktatur. Sie hilft ihr in den Gattel. Die Abstimmung der SPD übertrifft alle Schandtat, alle Verräterei der Sozialdemokratie in den letzten Jahren. Der gestrige Tag, die gestrige Abstimmung ist der größte Verrat der Sozialdemokratie seit dem 4. August 1914. Alle Sozialdemokraten stimmten für die halbfaschistische Regierung Brüning, für die Regierung der Artikel 48.

Diktatur. Auch die Berliner Abgeordneten, die Seiten-Kämpfer und die sächsischen „Linken“.
Durch die Ablehnung der Mißtrauensanträge gaben sie der Diktaturregierung tatsächlich ihr Vertrauen. Durch die Ablehnung der Aufhebung der Vertrauensordnungen stimmten sie tatsächlich für den Steuerraub, das Krankenblutgeld, das Notopfer usw., für den ganzen räuberischen Inhalt der Diktaturanordnungen.
Am 14. September hat die Sozialdemokratie ihre erste große Wahlniederlage erlitten.
Nach der gestrigen Abstimmung wird die noch schärferere Abrechnung der betrogenen Volksmassen folgen.
Die gestrige Abstimmung ist der Anfang, daß dieser Partei des schmutzigen Arbeiterverrats, dieser Wegbereiterin des Faschismus, von den empörten Arbeitern das Genid gedreht wird.
Diese Partei wird zerfallen, auseinandergerissen werden. Und die sozialdemokratischen Arbeiter müssen, während ihre Führer bei der faschistischen Diktatur stehen, herüber zu uns:
ins Lager der proletarischen Einheitsfront,
ins Lager des revolutionären Klassenkampfes,
ins Lager der Abrechnung mit den sozial-faschistischen Verbrechern des 18. Oktober!
(Reichstagsbericht siehe im Blatt.)

Die „linken“ SPD-Abgeordneten Sachsens stimmen für die „reaktionärste Regierung seit der Revolution“

Dresden, den 20. Oktober.
Brüning ist gerettet. Dem November-Verrat der SPD, der unter dem Protektorat der Ebert und Solmann 1923 vollzogenen Reichswahlreform gegen das rote Sachsen ist am 18. Oktober ein neues Kubenstück gefügt. In tiefster Krise, wo der deutsche Kapitalismus nur noch durch Hungerblut und blutigen Terror seine barbarische Herrschaft behaupten kann, sind die SPD-Führer in die Breche gelungen. Brüning, die Regierung des Artikels 48 und der Notverordnungen, der Hungerstreiks und des Lohnraubs, der Beamtenentzweiung und des Unterdrückungsstands hat faktisch das Vertrauensvotum der SPD-Führer erhalten, damit die Wankoochmacht, unter Ausschaltung des Parlaments das Programm der Junter und Kapitalisten, der Börsenwölfe und der internationalen Youngräuber durchzuführen, das gesamte deutsche Proletariat dem Faschismus ans Messer zu liefern.
Nichts als der nackte Klassenverrat ist von dem „oppositionellen“ Gedüll der sächsischen „Linken“ übrig geblieben. In einer Front mit den Weis und Severing, den Müller und Willel teilten sie sich ein in die Schutzgarde der „reaktionärsten Regierung seit der Revolution“. Wie haben sie wochenlang die Trommel gerührt, im Wahlkampf die sozialdemokratischen Arbeiter an ihren Parteifarben gekoppelt, sie gefordert mit dem Versprechen, daß die „SPD der eiserne Schutzwall gegen das Kabinett des Artikels 48“ sei. Die reaktionärste Regierung seit der Revolution“, hieß es in einem Aufruf des Bezirksvorstandes der SPD Ostsachsens am 21. Juli über Brüning. Wenige Tage zuvor schrieb die Dresdner Volkszeitung:

Sie haben es getan und die „Linken“ haben mitgemacht. „Kuchlosigkeit“ war die Devise ihres Handelns. Die „linken“ sozialdemokratischen Führer haben „die reaktionärste Regierung seit der Revolution“ gerettet.
Über dieser 18. Oktober wird nicht nur eingehen als schändliches Dokument in die Geschichte des sozialdemokratischen Arbeiterverrats. Es wird auch Hunderttausenden sozialdemokratischen Arbeitern die Augen öffnen und sie lebend machen. Ahnungsvoll schrieb Anfang Oktober die sozialdemokratische Volkszeitung für das Vogtland:
„Die Sozialdemokratische Partei würde ihre ganze Verantwortung, ihr ganzes Wesen verleugnen, wenn sie auf die Plattform dieses Brüningischen Diktaturprogramms treten würde. Einen solchen Gedanken halten wir einfach nicht für diskutierbar, weil es den Selbstmord der Sozialdemokratischen Partei bedeuten würde. Wenn die Sozialdemokratie dieses Regierungsprogramm schlucken würde, ganz gleich, ob bei direkter Regierungsbeteiligung oder auch nur durch Tolerierung, dann brauchte sich Adolf Hitler nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob er auf dem legalen Wege zur Herrschaft kommen könnte. Die Zustimmung zu diesem Brüning-Programm müßte in der Partei wie Sprengpulver wirken.“
Es ist geschehen und der Selbstmord der Brüning-Partei wird seine Folgen zeitigen. Kein sozialdemokratischer Arbeiter, kein SW-Genosse oder Reichsbannerkamerad kann jetzt noch ehrlichen Gewissens mit der Verteidigung seiner Partei vor die Arbeiter treten. Keiner kann mehr, wenn er nicht sein Klassenempfinden bis zur völligen Preisgabe verleugnen will, vor sich selbst und den Arbeitern behaupten, daß keine „linken“ Führer anderen politischen Charakters seien wie die gefeierten Koalitionspolitiker vom Schlage der Müller und Severing. Jetzt noch behaupten wollen, daß es die Kommunisten sind, die die Einheitsfront des Proletariats sprengen, heißt allzu sichtbar den Tatsachen ins Gesicht schlagen.

ob Brüning's Hungerprogramm, ob die im amtlichen Aufrag erfolgte Lohnniedrigung gelingen wird. Die sozialdemokratische Bürokratie steht im Lager Brüning's. Ihre linke Koalition mit Brüning ist die Bereitschaft zum Streikbruch, zum Lohnraub in sich. Das gilt auch für Sachsen. Der Schandstreich für die Metallarbeiter ist hinausgeschoben worden, bis das Berlin niedergelassen ist. Dieses schändliche Manöver muß mitsingen. Es mißfällt, wenn das kämpfende Bündnis Berlin-Sachsen Wirklichkeit wird, wenn die Faust der sächsischen Metallarbeiter die Käder hilt legt.
Breiteste Einheitsfront, eine rote Linie antisozialdemokratischer Abwehrorganisationen, Masseneintritte in den Kampfband gegen Faschismus, Massenstreiks gegen Lohnraub, für Lohn-erhöhung, Vorbereitung des politischen Massenstreiks gegen die Brüning-Diktatur und ihre Lakaien, das ist der Weg, der aus der Katastrophe führt. Ihn zeigen die KPD, die KSO unter ihrem Banner marschiert vorwärts! Unter ihrem Banner schmiedet die Einheitsfront! Zerstückelt Brüning-Diktatur, Faschismus und die sozialfaschistischen Verräter des 18. Oktober!

Streik bis zum Sieg!

Die Berliner Streikleitung der KSO erläßt gestern einen Aufruf, in dem sie auf den drohenden Verrat der Berliner Bürokratie an den kämpfenden Metallarbeitern hinweist. „Nur Vertrauen in eure eigene Massenaktion unter selbstgewählten Führungen der Belegschaften! Nur Vertrauen zur zentralen Streikleitung der KSO! Bereitet euch jetzt schon vor, unter revolutionärer Führung den Streik gegen den kommenden Streikbruch der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer weiterzuführen bis zum Sieg eurer Forderungen! Dazu ist es notwendig, daß ihr alle ehrlichen Sozialdemokraten und parteilosen Betriebsproleten aktiv einreicht in die Streikleitungen und in die Einheitsfront unter der Führung der KSO.“
Die Streikleitung fordert breiteste Sammelaktion für den Streikfonds der KSO und für die Unterstützungaktion der Internationalen Arbeiterhilfe, Verbreiterung der Streikfront und Schaffung organisatorischer Sicherungen durch Masseneintritt in die KSO, durch Betriebsgruppen und Vertrauensmännerkörper. Schließlich werden die Arbeiter aufgefordert, sich in den Streikfahnen der KSO registrieren zu lassen. Die ganze Belegschaft stellt sich in den Dienst des Streikpostens, in jedem Betrieb eine rote Betriebs- wehr!

Der Bürgerblock hat seine Diktatur aufgerichtet. Das Kabinett Brüning regiert mit dem Artikel 48. Gegen die Regierung Brüning, die mit dem Großkapital verbrüdet ist und durch Diktaturanordnungen die Rechte der Arbeiterklasse niederstößt! ... Das aber hat die Regierung Brüning getan. Genug dieses Regiments! Abgerechnet mit allen Schuldigen! Die Gelegenheit ist gekommen. Aufgeräumt im Reichstagsgebäude. Zugespitzt und nachgefaßt. Wählt noch mehr Sozialdemokraten!
Ja, noch vor wenigen Tagen, am 15. Oktober schrieb der „links-sozialdemokratische Klassenkampf“, daß derjenige sich mitschuldig macht an allen Folgen, die über Deutschland gegenüber einer solchen „Politik kapitalistischer Kuchlosigkeit und Verblendung“ hereinbrechen muß, „der die Brüning-Politik unterstützt oder auch nur toleriert“.

Sozialdemokratische Arbeiter, einmal noch bei den letzten Wahlen habt ihr euren Führern die Stimme gegeben. Ihr glaubtet an eine Umkehr, an eine Rückkehr eurer Partei zum Klassenkampf. Der 18. Oktober hat euch geantwortet. Jetzt steht daraus die Konsequenz! Jetzt zerreiht das Parteibuch der Brüning-„Sozialisten“, der Helfershelfer einer blutigen Hungerdiktatur! Jetzt kommt zu uns! Schmelzt die wütliche, kämpfende Einheitsfront des Proletariats.
140 000 Metallarbeiter stehen in Berlin im Kampf. Vom Ausgang ihres Kampfes hängt es im entscheidenden Maße ab,